

Peter Heintzel

Medien und Politik

Dass Medien – vor allem die so genannten Massenmedien – für Politik große Bedeutung haben, ist unbestrittene Tatsache. In politischen Umstürzen bemächtigt man sich, so schnell es geht, der Medien, um seine Botschaften landesweit verkündigen zu können, aber auch politische Kontinuität will sich dadurch sichern, dass sie Medien zu ihrer Stützung heranzieht (Hofberichterstattung). Erst die kürzlich erlebbare Endlosdebatte um die Entpolitisierung unseres ORF und die Intendantenwahl zeigen, wie brisant dieses Verhältnis Politik–Medien ist. Jede Diktatur versichert sich des Einflusses auf Rundfunk und Fernsehen, ermöglicht „Volksempfänger“ für jeden Haushalt (das waren für jeden erschwingliche Radioapparate mit Hakenkreuzemblem), und stellt in jedem Ort Lautsprecher auf, durch die die Einheitspartei ihre Nachrichten unters Volk bringen kann.

Weil man um diese politischen Begehrlichkeiten weiß, hat man immer schon von der unabhängigen Presse, den unbestechlichen Medien geträumt; ihnen zumindest politische Neutralität oder Allparteilichkeit angeraten. Man spricht von staatlichen Anstalten, offensichtlich weil der Staat etwas assoziieren lässt, das über Parteien und Interessengruppen steht, dem Wohle aller verpflichtet. Was ist aber, wenn man nicht so genau zu sagen weiß, was denn dieses Wohl aller ist? Wenn Politik immer Parteienpolitik ist, ihren Interessen untergeordnet, oder gar selbst längst abhängig geworden ist von anderen gesellschaftlichen Machtssystemen, z.B. der Wirtschaft, die nun auf ihre Art die Medien in den Griff zu bekommen versucht (über Einschaltziffern und Werbungsbudgets). Was bleibt da noch für das „Öffentlich-Rechtliche“ (Staatliche) übrig?

Politik war, seit es sie gibt, immer schon auf Medien angewiesen. Sie muss **zwischen Unterschieden** (Stämmen, Personen, Interessensgruppen, Ständen, Berufszweigen etc.) **vermitteln, ein „Ganzes“** (Staat, Reich etc.) **entstehen lassen**, und sie muss sich **selbst vermitteln** (verkünden, befehlen, erlassen, aber auch sich erklären, Maßnahmen rechtfertigen etc.). Beide Aufgaben verlangen Medien. Von der (heiligen) Schrift, den religiösen Symbolen, über Zahlen, bis hin zu Presse, Radio und Fernsehen. Feudale und autoritäre politische Systeme hatten es einfacher. Ihnen dienten die Medien zur (Befehls-)Verkündigung, zur Selbstdarstellung und Macht-sicherung. Die „Untertanen“ waren oft nicht einmal dazu angewiesen, die Botschaften genauer zu verstehen, es genügte oft das **Herstellen einer gemeinsamen Symbolik**. Aber gerade darin waren sie auch verletzlich. Um Reiche zu destabilisieren genügte es, die verbindlichen Symbole (Heiligtümer) zu zerstören. Bis heute aber lassen sich, besonders wo es direkt und indirekt um Wiederherstellung von autoritären Strukturen geht, Restbestände dieser symbolischen Politik entdecken, auch wenn sie ihre Gestalt verändert haben (statt Runen oder gotischer Schriftzeichen Taferln mit Aufschriften im Parlament oder bei Fernsehdiskussionen, statt Ornat, Zepter und Reichsapfel Designernanzüge etc.).

Es soll hier diesem Mediengebrauch, jenem der hierarchisch autoritären Politikformen an dieser Stelle nicht nachgegangen werden. Uns interessiert das besondere Verhältnis der Demokratie als politische Verfassung und politischen Systemen zu den Medien. Sie steuert nämlich ein neues wesentliches Moment bei: Die „Fiktion“ eines mündigen Staatsbürgers, der bei jeder Wahl aufge-

fordert ist, über die Politik seines Landes mitzuentcheiden. Die Zusatzunterstellung muss daher, damit diese Politik funktioniert, lauten: Jeder Staatsbürger ist ein „politisches“ Wesen, zumindest weiß er ausreichend, was Politik ist, und wie sie funktioniert. Unser System der Arbeitsteilung kennt aber Berufspolitiker, politische Funktionäre und „Laien“, die anderwärtig beschäftigt sind. Letzteren kann zwar zugemutet werden, politisch denken zu können, wenn sie schon nicht handeln müssen, ob dies aber auslangt, die Einflüsse und Wirkmechanismen der realen politischen Internas einschätzen zu können, muss zumindest in Zweifel gezogen werden. Eine Diskrepanz tut sich auf, die nur die Medien überbrücken können. Ihrer Struktur nach funktionieren sie asymmetrisch, noch ganz im Charakter der früheren Verteidigungsarrangements. Es gibt Sender und Empfänger – auch wenn in Diskussionen, Talkshows die Meinungsvielfalt und Rückkoppelung simuliert wird – die „Masse“ der Seher und Hörer antwortet nicht, jedenfalls nicht im Sinne wirksamer Öffentlichkeit. Dennoch ist sie Adressat und kann in aller anonymen Mächtigkeit bei der nächsten Wahl konzentriert antworten.

Wie aber gewinnt und pflegt man einen anonymen Adressaten? Die zentrale These lautet: Man gewinnt ihn dadurch, indem man ihm den Schein eines gleichberechtigten Partners zu vermitteln versucht. Man wendet sich medial an den „souveränen Bürger“, spricht ihm Vernunft, Urteilskraft und Entscheidungsfähigkeit zu. Dies gelingt aber – wiederum aus strukturellen Gründen – gerade dann nicht, wenn man diese direkt anspricht, also etwa langmächtige politische Strukturanalysen zum Mitdenken anbietet. Man will sofort und als

ganze Person gleichberechtigt angenommen werden und diese besteht vorerst einmal zunächst aus Ängsten, Unsicherheiten, Hoffnungen, Erwartungen. Jene wollen zuerst beachtet werden, erst dann wird unter Umständen auch Vernunft ansprechbar. Emotionen wollen nicht warten oder sich auf einen komplizierten Analyse- und Verordnungsprozess einlassen.

Aristoteles hat zwar schon gemeint, der Mensch sei ein „Zoon politikon“, also ein Geschöpf (Tier), das sich von anderen dadurch unterscheidet, dass es „politisch“ ist, auf den Staat angewiesen etc. Tatsächlich zeigt auch die Menschheitsgeschichte, dass sich ab einer gewissen Zeit Menschen in Städten und Staatsverbänden organisierten, was ihnen zweifel-

notwendigerweise Machtstrukturen aus, denen man sich zu unterwerfen hat. Partizipation, Mitsprache in diesem Geschehen ist – obwohl Grundidee der Demokratie – nur beschränkt möglich, weil sie ganz andere Formen der Arbeitsteilung und Zeitorganisation zur Voraussetzung hätten. Also herrscht laufend immer das Gefühl vor, überrollt zu werden, ohnehin nichts machen zu können. Diese Ohnmachtsgefühle führen zu stetem Misstrauen gegenüber politischer Macht, die ihrerseits sich ständig vor die Aufgabe gestellt sieht, sich „positiv zu verkaufen“. Dies aber unter Berücksichtigung der Ausgangslage, dass nämlich Menschen, was Emotionen anlangt, sich unpolitisch verhalten.

Hiezu kommt noch ein weiteres: Politik, so sagten wir, *muss* Machtverhältnisse schaffen. Ohne Funktionsmöglichkeiten wäre sie „zahnlos“, die Menschen würden wahrscheinlich in einen vorpoliti-

Massenmedien helfen somit der Politik, Demokratie für ihre Zwecke kalkulierbar zu machen

Hat die Demokratie selbst schon in ihren Abfolgen von Wahlperioden einen strukturbedingten Hang zum Populismus (man muss sich rechtzeitig seine Wählerstimmen sichern), wird dieser durch ihre mediale Vermittlung tendenziell verstärkt. Weil man an die anonyme Masse nicht herankommt, jedenfalls nicht in demokratischer Form, diese aber dennoch permanent fürchten muss, liegt es nahe, sich Möglichkeiten zu überlegen, wie man sie gewinnen kann. Am besten kann man das, wenn es gelingt, sie in „Emotionsklassen“ zu bündeln, zusammenfassen, sich als verständnisvolles Mitglied dieser Klassen darzustellen und so jeden Widerstand von vorneherein zu entschärfen. Auf diese Weise entstehen **medial reproduzierbare symbolische Gemeinschaften**, die nicht nur dem heimatlosen demokratischen Subjekt Zugehörigkeit schenken, sondern auch im Stande sind, die strukturlos-chaotische Masse politisch zu organisieren, ihr Namen zu geben. Massenmedien helfen somit der Politik, Demokratie für eigene Zwecke kalkulierbarer zu machen. Allerdings um den Preis eines doppelten Mangels an Aufklärung: Einmal wird nicht darüber aufgeklärt, wie Emotionen für politische Manipulationen (populistisch) verwendet werden, zum anderen nicht darüber, was die Struktur der Massenmedien schon aus ihrer banalen Existenz von vorne herein dazu beiträgt.

los Überlebensvorteile und Kulturentwicklungsmöglichkeiten brachte. Es scheint also doch so zu sein, dass der Mensch ein politisches Wesen ist. Aber nicht erst, seitdem man in der Jugend „apolitische“ Tendenzen festgestellt hat, immer schon gibt es gleichzeitig den Verdacht, dass Menschen auch unpolitische Wesen sind, zumindest sich für Politik

Von unseren Gefühlen her sind wir zutiefst unpolitisch.

nicht interessieren. Was hier noch harmlos als individuelle Haltung und Entscheidung auftaucht (es hängt von mir ab, ob ich mich interessiere oder nicht), hat aber ebenso einen tieferen Grund in unserem historisch und kulturell gewachsenen Mensch-Sein. Ans Tageslicht gebracht, sagt es das Gegenteil von Aristoteles. Von unseren Gefühlen her, unseren Emotionen und alt geprägten Verhaltensmustern sind wir zutiefst unpolitisch, an direkter Kommunikation und unserer unmittelbaren sinnlichen Umgebung weit mehr und in positiver Besetzung interessiert, als an Zusammenhängen, die über diese hinausgehen. **Politik ist grundsätzlich etwas Abstrakteres, Unsinnliches, Komplexes**, entzieht sich unmittelbarer Anschauung und Erfassbarkeit. Sie organisiert sich fremd bleibende Menschen in anonymen Zusammenhängen und sie bildet

schen „Naturzustand“ zurückfallen (man kann diese Erscheinungsformen bis heute immer wieder beobachten: Überall dort, wo das „Gewaltmonopol“ des Staates ausfällt, meist in Bürgerkriegs- oder Nachkriegssituationen, löst sich Politisches auf, und die Menschen zerfallen in familiäre oder clanähnliche Überlebensgruppierungen); was im Übrigen die Vermutung nahe legt, dass Menschen jedenfalls teilweise zum Politischen gezwungen werden müssen, zumindest, um es milder zu formulieren, dazu erzogen, gebildet werden müssen.

So anonym und strukturell abstrakt diese Machtverhältnisse auch sein mögen, sie werden von Personen als Autoritäten geführt, am Leben erhalten, repräsentiert. Personen aber kennen wir nur allzu gut, schon weil wir uns selbst kennen. Wir wissen somit auch, welche Verführungskraft Macht

an sich hat. In direkter Kommunikation kann ständig beobachtet werden. Sozialkontrolle regelt die Willkürmöglichkeiten der Personen. Auch wenn wir immer wieder von den Slogans in der Demokratie erreicht werden, „Macht braucht Kontrolle“, so ist dies so einfach nicht. Denn schließlich braucht auch die Kontrolle Macht, schwache Oppositionen können sie nicht ausreichend ausüben. Es ist aber kein angenehmer Gedanke, von Personen-Autoritäten beherrscht zu werden, die man nicht kennt, zu denen man keinen Zugang hat. Andererseits ist klar, dass Politiker nicht ständig sichtbar sein können. Schon gar nicht mit allen Staatsbürgern direkt kommunizieren können. Wie lässt sich diese Diskrepanz lösen?

Die klassisch feudal-hierarchischen Systeme machten aus der Not eine Tugend. Der Gründer, Erhalter, Ordnungsstifter des Systems wurde als sein Grund außerhalb angesiedelt. Mit seiner Autorität war zugleich Unsichtbarkeit, Unsinnlichkeit, Unvorstellbarkeit verbunden. Diese waren Prädikate seiner Allmacht. Er war zwar zugleich allgegenwärtig, dies aber ebenso in nicht sichtbarer Weise. Wenn nur oberste Herrscher Systemerhalter „von Gottes Gnaden sind“, können sie mit gutem Recht ebenso Entrücktheit, Unsichtbarkeit beanspruchen. Allerdings nicht ganz, sie sind nur „fast göttlich“. Daher müssen sie wenigstens beschränkt in Erscheinung treten; zu bestimmten Zeiten, rituell und nicht zu oft. Häufiges Erscheinen bedeutete Autoritätsverlust. In-Erscheinung-Treten hieß daher vornehmlich nicht als Person aufzutauchen, sondern als Systemrepräsentant. Hinter den Symbolen der Repräsentation sollte sogar die Person verschwinden. Sie sollte damit deutlich machen, dass sie im „normalen“ Sinn gar keine (Einzel-)Person ist. Die mediale Vermittlung diente dieser Bestätigung (so heißt es auch bis weit heraus in der Geschichte bei herrscherlichen Verkündigungen: „Wir, ... Kaiser von Gottes Gnaden, verfügen ...“, der pluralis

majestatis zeugt vom Verschwinden der Person). Dass sich die Menschen mit dieser Lösung nie so recht zufrieden gaben (also trotzdem misstrauisch blieben), zeugt von ihrer grundsätzlichen Verhaftetheit in dem alten Muster, unpolitischer, direkter Kommunikation. Messias Hoffnungen, die Menschwerdung Gottes, die Parousieerwartungen gegenüber Jesus sind Zeugnisse dafür, dass Menschen nie eine abstrakte, unsinnliche, entrückte Macht gehalten haben. Sie muss als Mensch erscheinen. Die radikalste Erscheinungsform ist eben die christliche Menschwerdung Gottes, die zugleich verbunden ist mit der Problematisierung von Hierarchie und abstrakter Macht überhaupt. In *jedem* Menschen erscheint Gott, jeder ist grundsätzlich mit gleicher Macht ausge-

vor das All-Gemeine, das Ganze, die öffentlichen Güter usw. Psychologisch auf den Punkt gebracht lautet der Widerspruch: Es fällt uns einerseits schwer, so ohne weiteres Autoritäten über uns anzuerkennen, noch dazu, wo gerade im politischen Feld Expertise und Sachverstand nicht sofort bemerkbar sind, andererseits wünschen wir uns dieselben Autoritäten doch als bessere, einsichtsvollere Menschen als wir selber es sind. Denn schließlich sollen sie doch zu Recht die Machtposition, die sie haben, einnehmen. Diese Wunschvorstellungen sind unausrottbar und deshalb die Enttäuschungen umso größer, wenn sie nicht erfüllt werden; sie entstammen übrigens den alten Beschwörungsritualen, in denen es darum ging, bestehende Autoritäten gnädig für sich zu stimmen.

Politische Autoritäten müssen wie eh und je erscheinen, um die unerträgliche Differenz der Abstraktheit zu mildern.

zeichnet und für die Übernahme von Autorität geeignet.

Die weltliche Fortsetzung dieser religiösen Offenbarung ist politisch in der Demokratie geschehen. Jeder Staatsbürger ist souverän, im Wahlvorgang hat jede Stimme gleiches Gewicht und grundsätzlich kann jeder zur politischen Autorität werden. Machtvergabe erfolgt nicht von außen oder von oben, sondern von innen. Jedes einzelne Subjekt hat die Möglichkeit, über ihre Form zu entscheiden. Und auch die Personen, die sie repräsentieren. Die Demokratie spitzt das Problem zu: Auf der einen Seite sind **politische Machthaber grundsätzlich nicht von anderer Art wie alle anderen Staatsbürger**. Im Gegenteil, besondere „**Volksnähe**“ zeichnet sie sogar aus. Auf der anderen Seite sollten sie aber doch **etwas Besonderes** sein, **speziell geeignet** und befähigt ihr verantwortliches Amt auszuüben. Denn schließlich vertreten sie nach wie

Für unsere spezifische Thematik „Medien und Politik“ ergibt sich abschließend – und in Erweiterung des strukturellen Populismusproblems – aus dieser widersprüchlichen Situation Folgendes: Politische Autoritäten müssen wie eh und je erscheinen, um die unerträgliche Differenz der Abstraktheit zu mildern. Es genügt aber nicht mehr, mit den Insignien und Symbolen des Systems aufzutreten, die Person hinter der Repräsentation verschwinden zu lassen, es muss vielmehr auch die Person das konkrete Subjekt in Erscheinung treten. Der Politiker muss „populär“ sein, d. h. eine Person, wie du und ich (eine besondere Möglichkeit dieser Seite gerecht zu werden ist die Veröffentlichung von Privatem, die immer mehr in den Vordergrund tritt).

Es ist hier also ein Balanceakt gefragt, für dessen Gestaltung Medien verantwortlich sind. Dieser wird dann umso schwieriger, je symbolisch „schwächer“ Politik

wird. Wenn es ihr nicht mehr gelingt, ihr Repräsentatives glaubwürdig darzustellen. Wenn sich Seher und Hörer fragen müssen: „Wofür steht denn eigentlich diese Politik?“ Wenn das politische Amt an „Würde“ verliert (dies passiert auch insbesondere dann, wenn ihr Allgemeines zu Gunsten einseitiger Interessendurchsetzungen verloren geht, wenn sie sich nicht mehr für alle Staatsbürger zuständig fühlt, sich z. B. vom globalen Wirtschaftssystem abhängig gemacht hat), dieses nur mehr zum Schein und daher nicht durchschaubar aufrechterhalten wird, dann drängt sich die Person in den Vordergrund. Weil sie aber als solche sehr wenig Politisches zum Ausdruck bringen kann,

tatsächlich aller Autorität entkleidet (wie kürzlich Scharping beim Baden in Mallorca, oder Vranitzky einst als entkleideter Titelkörper im Profil), und was übrig bleibt ist ein endliches, partikulares ich, das mir zwar sehr bekannt vorkommen kann, das aber mit Politik kaum etwas zu tun hat.

So weit darf es nun auch wieder nicht kommen. Der Brückenschlag läuft aber nun meist nicht über eine Wiedererinnerung politischer Würde, sondern über **populistische Bündelung von Emotionen**. Man ist zwar einer bestimmten politischen Autorität verlustig gegangen, holt sich diese aber wieder zurück, indem man seine Auftritte dazu benützt, sich als Eingeweihter in die Be-

sion hin, richtig einschätzen zu können, wie glaubwürdig die Person ist. Genau aber mit dieser Illusionsbildung „rechnet“ der schauspielbegabte Politiker. Er versteht es, mich „direkt“ anzusprechen und mich zugleich für seine Interessen mit anderen zusammen zu verallgemeinern. So muss es auch nicht unbedingt stören, dass Ansichten verändert, Ankündigungen zurückgenommen, Vorhaben ausgetauscht werden. Inhalte sind austauschbar, die Emotionen und die spezielle illusionsbildende Situation nicht.

Dass Medien für demokratische Politik unverzichtbar sind, dass Transparenz und Information wertvolles Gut sind, muss unbestritten sein. In welche (selbstgestellte) Fallen aber beide Seiten dabei geraten können, wollte dieser Artikel darzustellen versuchen. Die Fallen schnappen insbesondere dann zu, wenn die Politik selbst ihre repräsentative Macht nicht mehr zum Ausdruck bringen kann, weil sie sie einfach verloren hat, von woandersher gesteuert wird.

Das Fernsehen ist für die „Wiederherstellung“ einer Art Autorität besonders geeignet.

kompensiert sie das durch immer öfteres Erscheinen, in der Hoffnung, durch **Dauerbekanntheit** Autorität zu verkörpern. Und Medien helfen hier, wo sie können, schon deshalb, weil sie die Grundannahme teilen: Je öfters Autoritäten bei ihnen erscheinen, umso höher der Wert ihrer Programme. Also sieht man sie an unvermuteter Stelle: in Talkshows, Quiz-Sendungen, biographischen Porträts, in „Seitenblicken“ etc. Dort können sie sich auch „verbreitern“, was in knappen Informationssendungen oft kaum möglich ist. Allzu oft erscheint man aber eine Gefahr an sich. Man wird, obwohl man das Gegenteil anstrebt,

dürfnisse und Ängste der Hörer und Seher darzustellen. Man ist ihnen „bierzeltnahe“, versteht sie und weiß auch die einfachen (Aus-)Wege, die zu gehen sind.

Das Fernsehen ist für diese „Wiederherstellung“ einer Art Autorität besonders geeignet. Das Bild kann uns den Schein des direkten Dabei-Seins vermitteln. Wir sehen die Person, ihre Gestik und Mimik und meinen sie dadurch besser zu kennen in sonstiger medialer Erscheinung; dies wiederum vermag eher positive Emotionen zu aktivieren, wie z. B. Vertrauen; wir meinen sozusagen direkte Sozialkontrolle ausüben zu können und geben uns der Illu-

O.Univ.Prof. Dr. Peter Heintel ist ordentlicher Universitätsprofessor am und Mitglied der Institutskonferenz des Instituts für Philosophie und Gruppendynamik und Vorsitzender der Studienkommission Doktoratsstudium der Philosophie.

E-mail:
Peter.Heintel@uni-klu.ac.at